

Stadtrat und Bürger laufen gegen Windkraft Sturm

09.05.2012 Ort: Weismain Von: Stephan Stöckel [Rundschau](#)

Erneuerbare Energien Spontaner Beifall brandete auf, als Weismains Bürgermeister Udo Dauer (CSU) vor dem Feuerwehrgerätehaus in Buckendorf den einstimmigen Gemeinderatsbeschluss verkündete: "Der Stadtrat spricht sich gegen die vorliegende Planung zur Ausweisung von Vorrangflächen für Windkraftanlagen aus."



So soll es auf dem Jura nicht aussehen: Der Weismainer Stadtrat hat die vom Regionalen Planungsverband Oberfranken West angedachten Vorrangflächen für Windkraftanlagen einstimmig abgelehnt.

Dem regionalen Planungsverband Oberfranken West weht also ein scharfer Wind entgegen. Denn auch die Bürger von Weismain wollen sich nicht damit abfinden, dass es auf dem Jura zu einer geballten Konzentration von Windrädern kommt. Und mit ihnen übte der Stadtrat bei der Sondersitzung am Dienstagabend den Schulterschluss, nachdem schon seit Wochen mit Unterschriftenaktionen gegen das geplante Vorhaben mobil gemacht wird. Zudem wird der Druck auf den Planungsverband erhöht: Die Stadt will alle Möglichkeiten ausschöpfen, gegen den vorliegenden Planentwurf vorzugehen. Dazu gehören auch eine Großdemonstration auf dem Marktplatz und Informationsveranstaltungen.

Während einer fünfstündigen Fahrt hatte sich das Gremium ein Bild von den insgesamt sechs Vorrangflächen gemacht, die im Stadtgebiet ausgewiesen werden sollen. In Buckendorf überreichte Margit Reinlein dem Bürgermeister eine Liste mit Unterschriften von 78 Bürgern. Sie sprechen sich dagegen aus, dass südlich ihres Ortes eine Fläche von 72 Hektar für Windkraftanlagen ausgewiesen wird. "Rund 91 Prozent der Buckendorfer sind gegen den Bau von Windrädern", sagte Reinlein.

Grundstückswert sinkt drastisch

Eine weitere Aktion, die Edwin Bergmann aus Fesselsdorf von der Bürgerinitiative Jurawindpark angestoßen hatte, dauert noch an: In den vergangenen acht Wochen wurden rund 1300 Unterschriften in Modschiedel, Fesselsdorf, Buckendorf, Groß- und Kleinziegenfeld sowie Weiden gesammelt. Bergmann zeigte sich zuversichtlich, in Kürze 2000 Unterschriften zu haben. In einem Schreiben der Vereinigung werden als Gründe Immobilien- und Grundstückswertverluste von bis zu 70 Prozent angeführt. Außerdem befürchten die Bürger, dass es in den belasteten Gebieten keine Kreditvergabe mehr für Bauvorhaben geben könnte.

"Wir haben acht Biogasanlagen, einen riesengroßen Solarpark, und jetzt will man uns noch jede Menge Windräder aufs Auge drücken nach dem Motto: Die sind schon genug belastet, da kommt es auf die paar Anlagen hin oder her auch nicht mehr an", schimpfte Bergmann.

An Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig liebt die Aussage von CSU-Fraktionsvorsitzendem Jochen Bauer: "Wir wurden vom Planungsverband vor vollendete Tatsachen gestellt. Unsere

Demokratie wird hier mit Füßen getreten." Nach seiner Ansicht muss bei der Ausweisung von Vorrangflächen auch die Energiebilanz der jeweiligen Orte berücksichtigt werden. Diese sei auf dem Jura hervorragend.

Anhand von Zahlen zeigte Bauer auf, dass sich alles auf dem Jura konzentriert. Von den 880 Hektar, die im Landkreis Lichtenfels für Windräder vorgesehen sind, würden rund 400 Hektar auf den Jura entfallen.

"Bis zu 44 Räder sind denkbar"

"Von insgesamt 18 geplanten Vorrangflächen befinden sich sechs, also ein Drittel, auf dem Gebiet der Stadt Weismain", sagte Bauer. Bei einer Fläche von neun Hektar, die man für ein Rad benötigt, seien bis zu 44 Räder denkbar, rechnete er vor.

Wasser auf die Mühlen der Bürger und Stadträte sind die vom Planungsverband angeführten Umweltauswirkungen. In den Ausführungen zum Areal Buckendorf-Süd heißt es wörtlich:

"Durch den Bau von Windenergieanlagen ist eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes zu erwarten." Auch eine Beeinträchtigung des Ortsbildes wird nicht ausgeschlossen.

Die Verwaltung wurde beauftragt alle Möglichkeiten gegen den Planentwurf auszuschöpfen.

Eine entscheidende Rolle wurde auch den Grundbesitzern zugewiesen. Dort wo niemand sein Gelände zur Verfügung stelle, könne auch keine Windkraft entstehen, hieß es. "In Modschiedel wollen 98 Prozent der Bürger ihre Flächen nicht hergeben", sagte Gabriele Herold.